

NACHRICHTEN

Gores Wahlkampfchef tritt ab

WASHINGTON: Der Wahlkampfmanager von US-Vizepräsident Al Gore, Tony Coelho, gibt seinen Posten auf. Das meldete der Nachrichtensender CNN am Donnerstag. Er soll durch den populären Handelsminister William Daley ersetzt werden, der dafür das Kabinett von Präsident Bill Clinton verlässt. Als Grund für Coelho's Rückzug wurden Gesundheitsprobleme genannt. Es gab in den vergangenen Wochen in der Demokratischen Partei aber auch erhebliche Kritik an der Wahlkampfleitung von Gore, der in Umfragen hinter dem republikanischen Präsidentschaftsbewerber George Bush zurückliegt. Daley kommt aus einer bekannten Politikerfamilie mit grossem Einfluss in der Demokratischen Partei.

Friedenspreis für Ahtisaari



WIESBADEN: Für seine Vermittlung im Kosovo-Konflikt hat der frühere finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari am Donnerstag den Hessischen Friedenspreis erhalten. Ihm ist ein Kompromiss zwischen den Kriegsparteien zu verdanken.

Der deutsche Bundespräsident Johannes Rau würdigte den 62-Jährigen als internationalen Friedensstifter, der für Europa eine Brücke nach Russland und ins Baltikum geschlagen habe. Ahtisaari selbst forderte bei der Preisverleihung eine straffere Lenkung des Friedensprozesses im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina. Ahtisaari hatte im vergangenen Jahr den Kompromiss zwischen der NATO, Russland und Serbien ausgehandelt, der zum Ende der NATO-Luftangriffe führte. Der Hessische Friedenspreis wird seit 1994 verliehen. Die Auszeichnung ist mit 50 000 Mark (40 000 Franken) dotiert.

Atomausstieg im Konsens mit Wirtschaft

BERLIN: Die deutsche Regierung und die vier grössten Stromkonzerne haben sich auf einen Ausstieg aus der Atomenergie geeinigt. Sie vereinbarten eine AKW-Gesamtlauzeit von 32 Jahren. Damit könnte schon innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre der erste Atommeiler vom Netz gehen. Beide Seiten mussten Zugeständnisse machen. Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte am frühen Donnerstagmorgen nach den viereinhalbstündigen Verhandlungen im Kanzleramt in Berlin, er sei «froh, dass wir uns zusammengefunden haben.» In der Vereinbarung wurde auch das Verbot der Wiederaufarbeitung ab Juli 2005 festgeschrieben. Zudem sei über die Modalitäten der Entsorgung Einigkeit hergestellt worden, sagte Schröder weiter. Die Betreiber werden verpflichtet, Zwischenlager bei den Atomkraftwerken zu errichten.

Bouteflika fordert EU zu Investitionen auf



PARIS: Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika (links) hat die EU-Länder aufgefordert, in Algerien zu investieren. Er sprach am zweiten Tag seines Staatsbesuches in Frankreich vor rund hundert Geschäftsleuten in Paris. «In allen Wirtschaftssektoren sind ausländische Investoren willkommen, auch in früher für Ausländer verschlossenen Branchen wie dem Energiesektor im Öl- und Erdgasbereich», sagte Bouteflika am Donnerstag. Algerien wolle vor allem mit den EU-Ländern zusammenarbeiten. Er erhoffe sich «eine möglichst baldige Anbindung an die EU», sagte Bouteflika. Er wird von einer grossen Delegation von Politikern und Unternehmern seines Landes begleitet. Das Bild zeigt Bouteflika zusammen mit dem französischen Regierungschef Lionel Jospin.

Neubeginn in Beziehungen

Russischer Präsident Wladimir Putin in Deutschland

BERLIN: Deutschland und Russland wollen einen substanziellen Neubeginn in ihren bilateralen Beziehungen. Dies sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder am Donnerstag nach einem Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Berlin.



Zu Beginn seines Deutschland-Besuchs wurde Wladimir Putin (links) von Bundespräsident Johannes Rau empfangen. (Bild: Keystone)

Schröder betonte zudem das Interesse Deutschlands und Europas an einer strategischen Partnerschaft mit Russland. Schröder sprach nach der ersten Begegnung von einer «sehr interessanten und ergebnisorientierten Unterhaltung».

Im Mittelpunkt der bis Freitagnachmittag dauernden deutsch-russischen Regierungskonsultationen stehen Finanz- und Wirtschaftsthemen. Putin wurde von zahlreichen Ministern begleitet, um über Investitionsprojekte zu reden. Wirtschaftsminister Werner Müller er-

teilte den Hoffnungen Russlands auf einen völligen Schuldenerlass jedoch eine Absage. Statt dessen strebt die Regierung nach Angaben aus Regierungskreisen ein Paket von Umschuldungsmassnahmen für die Lasten in Gesamthöhe zwischen 50 und 60 Mrd. DM an.

In einer Rede im Haus der deutschen Wirtschaft forderte Putin eine europäische Sicherheitspolitik, bei der jedes Land die Möglichkeit zur Beteiligung habe. Hinsichtlich der NATO-Osterweiterung werde Russland seine Interessen zu verteidigen wissen. Wenn Russland sich bedroht fühle, bedeute das eine Destabilisierung. Er zeigte sich aber offen für einen «pragmatischen Dialog» mit dem Bündnis auf einer vertraglichen Grundlage. Die von US-Präsident Bill Clinton vor zwei Wochen in Aachen vorgeschlagene mögliche Aufnahme Russlands in die NATO nannte Putin überlegenswert.

Noch keine Spur von Atom-Unterlagen

Verschwundene US-Daten können alle Atomwaffen ausser Gefecht setzen

WASHINGTON: Von den im US-Atomwaffenlabor Los Alamos verschwundenen Unterlagen fehlt nach wie vor jede Spur. Sie enthalten alle wesentlichen Geheimdaten zur Entschärfung der amerikanischen und verschiedener ausländischer Atomwaffen.

Diese Aussage von Regierungsexperten in nichtöffentlichen Sitzungen von Kongressausschüssen haben Politiker in Washington alarmiert. «Was verloren ist, und was

sehr wohl gestohlen sein kann, ist die Anleitung, wie man unsere Atomwaffen unschädlich machen kann», stellte Senator Jon Kyl am Donnerstag fest. Seine Kollege Ben Nighthorse Campbell verglich die Bedrohungslage der USA nach dem Verlust der Daten mit der Kubakrise, als die Sowjetunion Atomraketen auf Kuba stationiert hatte.

Auf den Festplatten seien alle den USA bekannten Daten über die Atomwaffen Frankreichs, Russ-

lands und Chinas gespeichert, berichtete die «Los Angeles Times» aus einer vertraulichen Ausschusssitzung im Senat. «Die Datenträger zeigen, welche militärischen Geheimdienstkenntnisse wir über ausländische Atomwaffen haben – und welche nicht», zitierte die Zeitung einen Beamten. Die Festplatten können auf jedem Laptop oder PC ohne Passwort geladen werden. Sie gehören zur Ausrüstung einer Spezialeinheit des US-Energieminis-

teriums, die bei Zwischenfällen mit Atomwaffen zur Entschärfung der Sprengsätze eingesetzt werden soll. Mehrere Senatoren äusserten die Sorge, die Informationen könnten Terroristen in die Lage zum Bau von Atomsprengsätzen versetzen. Den Ermittlern fehlte auch am Donnerstag noch jede Spur von den Festplatten. Sie sind aus zwei Koffern der Spezialeinheit verschwunden, die in einem Sicherheitsbunker in Los Alamos verwahrt wurden.

Viel Beifall für Kim

Südkorea feiert Kim Dae Jungs Rückkehr

SEOUL: Zehntausende Südkoreaner haben ihren Präsidenten Kim Dae Jung am Donnerstag bei seiner Rückkehr aus Nordkorea gefeiert. Entlang der Route vom Flughafen in das Zentrum von Seoul säumten die Menschen die Strassen, applaudierten und schwenkten die südkoreanische Flagge.

Viele hielten Plakate in die Höhe mit Aufschriften wie «Unser Wunsch ist die Wiedervereinigung» oder «Die Wiedervereinigung ist nahe». Der Wagen mit Kim fuhr nur Schritttempo. Vor dem Rathaus

nahm der Präsident ein Bad in der Menge und rief den Massen ein «Danke schön» zu. Bei seiner Ankunft in Seoul hatte Kim in einer Rede gesagt, er komme mit der festen Überzeugung wieder, dass die Wiedervereinigung der seit mehr als einem halben Jahrhundert verfeindeten Staaten erreicht werden könne. In Pjöngjang war Kim Dae Jung zuvor von Nordkoreas Machthaber Kim Jong Il verabschiedet worden. Die Staatschefs hatten ein Abkommen geschlossen, das den Weg zur Überwindung der Teilung ebnet.

Endlich Waffenruhe

Athiopien stimmt Waffenstillstand zu

ADDIS ABEBBA: Nach der Annahme des Friedensplans der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) haben Äthiopien und Eritrea am Donnerstag offenbar ihre Kämpfe eingestellt. Von keiner Front wurden Gefechte gemeldet.

Beide Staaten feierten den internationalen Friedensplan als Ergebnis ihrer militärischen Erfolge. Äthiopien erklärte, der Plan entspreche den Zielen des Landes. Die Ärmee habe einen glänzenden Sieg errungen. Sie habe ihre

Waffen stillgelegt. Die OAU hat den Waffenstillstand bestätigt. Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) hat den Waffenstillstand bestätigt. Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) hat den Waffenstillstand bestätigt. Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) hat den Waffenstillstand bestätigt.

Arafat wirft Barak mangelnden Willen vor

Dreistündige Unterredung mit Clinton im Weissen Haus

WASHINGTON: Nach einer dreistündigen Unterredung mit US-Präsident Bill Clinton hat Palästinenserchef Jassir Arafat Israels Ministerpräsidenten Ehud Barak mangelnden Friedenswillen vorgeworfen. Grund dafür sind die stockenden Verhandlungen.

«schwierigen Phase». Clintons Hilfe sei notwendig, um die bestehenden Hindernisse zu überwinden.

Der US-Präsident klang zum Auftakt des Treffens entschlossen, aber wenig optimistisch: «Wenn wir Frieden machen wollen, dann müssen wir mit Schwierigkeiten fertig wer-

den.» Am Mittwochabend hatte er dem israelischen Radio zufolge ein langes Telefongespräch mit Barak über den Fortgang des Friedensprozesses geführt.

Eigentlich soll bis zum 13. September ein Rahmenabkommen zur Regelung aller noch offenen Fragen

zur Zukunft der Palästinenser stehen. Doch laut dem palästinensischen Verhandlungsführer Sajeb Erakat sind die Positionen der Parteien in wichtigen Punkten unvereinbar.

Dazu zähle, dass Israel sich nicht wie versprochen bis 23. Juni aus weiteren zehn Prozent des Westjordanlands zurückziehen und lediglich drei weitere palästinensische Gefangene freilassen wolle. Letzteres Angebot nannte Arafat «eine Beleidigung». Vor Baraks Haus in Jerusalem demonstrierten am Donnerstag rund 1500 jüdische Siedler gegen einen weiteren Abzug aus dem Westjordanland. Die palästinensische Delegation unterbrach am Mittwochabend aus Protest gegen die harte israelische Haltung die Washingtoner Verhandlungen über eine Übergangsvereinbarung. Erakat sagte dem Radio «Stimme Palästinas», Barak benutze die Regierungskrise in Israel als Ausrede, um längst getroffene Vereinbarungen nicht umsetzen zu müssen.

Barak habe bisher nicht gezeigt, dass er zu einem gerechten Abkommen bereit sei, sagte Arafat am Donnerstag nach einer dreistündigen Unterredung mit US-Präsident Bill Clinton im Weissen Haus.

Dies wiege umso schwerer, als die israelisch-palästinensischen Gespräche der zentrale Strang der Nahost-Friedensprozesses seien. Clinton erklärte, die Zeit sei noch nicht reif für einen Dreiergipfel mit Arafat und Barak nach dem Vorbild der Camp-David-Gespräche, bei denen die USA Ende der 70-er Jahre erfolgreich zwischen Israel und Ägypten vermittelt hatten.

Der Palästinenserchef sagte, die Verhandlungen steckten in einer



US-Präsident Bill Clinton sprach gestern mit Palästinenserpräsident Jassir Arafat über den Friedensprozess im Nahen Osten.